

### **1) Zentraler Grundsatz beim Glasfaser-Rollout: Konsequente Anwendung des Open-Access-Modells anstelle einer Remonopolisierung**

Weltweit werden die herkömmlichen Kupferkabel sukzessive durch moderne Glasfaserinfrastruktur ersetzt. Alle Marktakteure sind sich darin einig, dass ein Umbau dieser Dimension nicht von einem Unternehmen allein gestemmt werden kann. Durchführbar ist ein deutschlandweiter Glasfasernetzausbau nach Meinung aller Experten vielmehr nur unter Einbindung einer Vielzahl von Unternehmen und Geschäftsmodellen. Ein Erfolgsmodell kann hierbei der von einer zunehmenden Zahl von Marktteilnehmern propagierte gemeinsame örtliche Ausbau sein, der bei schonendem Einsatz von Investitionsmitteln über ein transparentes Open-Access-System allen Unternehmen gegen angemessene Entgelte den Zugang zu zukünftigen Infrastrukturen sicher stellt. Dabei ermöglicht ein Open-Access-Modell einen schnellen Ausbau bei einer gleichzeitig bestmöglichen Netzauslastung. Aus Sicht der Kunden ist besonders wichtig, dass bestehende Vertragsbeziehungen auch nach einem Umbau der Anschlusstechnologie bestehen bleiben und sowohl für Privatkunden als auch für Unternehmen ein zwangsweiser Anbieterwechsel ausgeschlossen werden kann. Auch über diesen wichtigen Aspekt hinaus spricht vieles dafür, dass eine dezentrale Planung der einzelnen Infrastrukturprojekte unter Beteiligung unterschiedlicher Investoren deutlich schneller und effizienter vorgenommen werden kann, als es bei einer zentralen Planung – etwa durch ein Infrastrukturkonsortiums – möglich wäre. Die Geschichte der Weiterentwicklung von DSL-Technologie belegt eindrucksvoll die Innovations- und Investitionskraft mittelständischer Unternehmen. Diese geballte Investitionskraft sollte auch für den Glasfasernetzausbau genutzt werden.

Die Wettbewerbsunternehmen im deutschen Telekommunikationsmarkt haben seit der Marktliberalisierung mehr als 40 Mrd. Euro investiert und tragen seit dem Jahr 2002 jährlich deutlich mehr als 50 % der Gesamtinvestitionen im Markt. Auch vor diesem Hintergrund ist es unbedingt erforderlich, diese Unternehmen, die in der Vergangenheit erfolgreich in immer schnellere Breitbandinfrastruktur wie etwa DSL, TV-Kabel, UMTS oder Satellit investiert haben, nicht von Zukunftsprojekten auszuschließen. Ansonsten würde nicht nur das Vertrauen dieser Unternehmen in den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland nachhaltig zerstört, sondern auch künftige Investoren für langfristige Infrastrukturprojekte abgeschreckt.

## Kernbotschaften

---

Konkret müssen die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass weder einzelne Unternehmen noch Geschäftsmodelle zu Lasten anderer begünstigt werden. Ziel sollte es vielmehr sein, das Investitionspotential der gesamten Branche für den anstehenden deutschlandweiten Glasfasernetzausbau zu mobilisieren.

## 2) Langfristige Infrastrukturinvestitionen unterstützen und negative Folgen der Kreditkrise erfolgreich bekämpfen

Die Finanzkrise zeigt noch keine erheblichen unmittelbaren Auswirkungen auf die TK-Branche. Allerdings haben sich die Kreditkonditionen auch für langfristige Infrastrukturinvestitionen deutlich verschlechtert und stehen einem forcierten Infrastrukturausbau, wie von der Bundesregierung gewünscht, entgegen. Nicht nur für kleinere mittelständische Unternehmen dürften strukturelle Finanzierungshilfen von zunehmender Bedeutung sein, um in dieser für die Unternehmen schwierigen Wirtschaftslage gleichwohl zusätzliche Investitionen zu ermöglichen. Auch für TK-Infrastrukturinvestitionen sollte über Instrumente wie staatliche Bürgschaften zur Kreditsicherung und einer Ausweitung des KfW-Sonderprogramms 2009 nachgedacht werden. Dabei muss jedoch sichergestellt werden, dass diese Instrumente technologieneutral eingesetzt werden. Der Wille, kurzfristig Festnetzinfrastrukturinvestitionen voranzutreiben darf keinesfalls zu Ungleichbehandlungen und damit Wettbewerbsverzerrungen im Hinblick auf alternative Anschluss Technologien (z.B. Funktechnologien) führen. Es muss verhindert werden, dass durch Subvention unwirtschaftlicher Infrastrukturen künftige gesamtwirtschaftlich sinnvolle Investitionen verhindert werden.

Das Wirtschaftsministerium hat den VATM und andere Branchenvertreter zu einem Expertengespräch zur Breitbandstrategie der Bundesregierung eingeladen. Des Weiteren organisiert der VATM das bundesweit größte Investorentreffen zum Thema Breitbandausbau. Am 12. Februar 2009 treffen sich in Berlin Vertreter von Banken, Infrastrukturinvestoren, namhaften Unternehmensberatungen und Telekommunikationsunternehmen, um Vorschläge gegenüber der Bundesregierung zu erarbeiten, wie trotz der schwierigen Wirtschaftslage massive Breitbandinvestitionen ermöglicht und unterstützt werden können.

## Kernbotschaften

---

### **3) Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen nicht durch künstlich hohe TAL-Preise belasten**

Der heutige TAL-Preis liegt mit 10,50 Euro über 2 Euro über den günstigsten Vergleichspreisen europäischer Industriestaaten. Auch in Deutschland ist Absenkung dringend geboten.

Zentraler gesetzlicher Grundsatz bei der Regulierung von Preisen ist: Alle regulatorisch festzulegenden Preise müssen sich am Markt und den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung messen (KeL). Dabei ist auch auf den richtigen Abstand zwischen den einzelnen Vorleistungsprodukten und eine ausreichende Spreizung zu achten.

Ergebnis eines aktuellen ökonomischen und rechtswissenschaftlichen Gutachtens ist, dass bei der Berechnung von KeL nicht mehr einseitig auf die Wiederbeschaffungskosten abgestellt werden darf, sondern verstärkt auch historische Kosten einbezogen werden müssen. In der Folge muss die Bundesnetzagentur bei ihren Preisfestlegungen berücksichtigen, dass in den allermeisten Fällen künftiger Netzmodernisierungen und Ausbaumaßnahmen keine Verlegung teurer Kupferleitungen mehr erfolgen wird.

Die heute praktizierte Einbeziehung von Kosten für den Abbau von Ineffizienzen (etwa Kosten für den Abbau von Personalüberschüssen oder Abfindungszahlungen) führt zu einer Auferlegung dieser Kosten auf die Wettbewerber und widerspricht dem grundlegenden Gedanken von KeL. Noch darüber hinausgehend hatte die DTAG Ende 2008 für einen DSL-Ausbau bis 2 MBit/s auf dem Land eine deutliche Erhöhung der Mietpreise für die Teilnehmeranschlussleitung gefordert. Eine solche Abwälzung von Ausbaurkosten auf die Wettbewerbsunternehmen wird auf das Schärfste abgelehnt. Zum einen würde hierdurch der Einsatz einer von der DTAG selbst als bislang ökonomisch nicht zu realisierende Technologie von den Wettbewerbern subventioniert. Zum anderen würde eine Erhöhung der TAL-Preise zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen führen und das Investitionspotenzial der Wettbewerber zerstören.

### **4) Regionalisierung darf Konsistenz der Marktpreise nicht gefährden und den ländlichen Raum nicht benachteiligen**

Konsistent aufeinander aufbauende Vorproduktpreise – insbesondere im Hinblick auf die wichtigsten Vorleistungen TAL und Bitstrom – sind für die Planungssicherheit und für weitere Investitionen in den Glasfaserinfrastrukturausbau unverzichtbar. Diese grundsätzliche Regel

## Kernbotschaften

---

der Konsistenz gilt es selbstverständlich auch im Rahmen der Debatte um eine Regionalisierung von Regulierung zu beachten. Insofern darf keinesfalls eine auf Bitstrom beschränkte Herausnahme der Ballungsgebiete aus Regulierung erfolgen, ohne dass die Konsistenz zu anderen Vorproduktpreisen wie – insbesondere zur TAL – gewährleistet ist. Alles andere hätte ebensolche negative Auswirkungen wie eine künstlich erhöhte TAL und würde zu massiven Verwerfungen im Markt führen, den Wettbewerb behindern und eine deutliche Verschlechterung der Investitionsmöglichkeiten mit sich bringen.

Darüber hinaus hängt die Diskussion über eine Regionalisierung von Regulierung eng mit der politisch zu entscheidenden Frage nach der Zukunft der „Tarifeinheit im Raum“ zusammen. Obwohl rechtlich nicht definiert, gewährleistet das Prinzip der „Tarifeinheit im Raum“ bis heute möglichst geringe Differenzen bei den Endkundenpreisen in Stadt und Land. Eine Regionalisierung der Vorproduktpreise und die dadurch zu erwartende Absenkung, auch der Endkundenpreise in Ballungsgebieten, würde die digitale Spaltung vergrößern anstatt sie zu verringern.

## 5) Effiziente Technologien und Digitale Dividende in der Migrationsphase zur deutschlandweiten Glasfaserversorgung nutzen

Wenn auch heute schon sowohl in städtischen aber auch ländlichen Regionen mit dem Glasfasernetzausbau begonnen wird, so muss selbst unter optimierten Investitionsbedingungen realistischer Weise mit einer Übergangs- und Aufbauphase von rund zehn Jahren gerechnet werden. Vorrangiges Ziel muss sein, zunächst in den Regionen, die bislang praktisch ohne Breitbandversorgung sind, so schnell als möglich eine Versorgung zu gewährleisten, die heute noch bestehende Standortnachteile beseitigt. Hier müssen ausbaufähige Technologien zum Einsatz kommen, die den Anforderungen zukünftig steigender Übertragungsraten gerecht werden.

Die nötigen technologischen Entwicklungsmöglichkeiten bieten sowohl Mobilfunk, Satellitentechnologie, Wimax/Prewimax, Richtfunktechnologien als auch Powerlinelösungen. Auch der schrittweise Glasfasernetzausbau vom Hauptverteiler bis hin zum Kabelverzweiger und damit näher zum Kunden erhöht die Übertragungsraten beträchtlich. Der zuletzt genannte Ausbau ist jedoch mit erheblich höheren Kosten insbesondere auf dem Land verbunden.

Eine besondere Bedeutung kommt einer Nutzbarmachung der Digitalen Dividende zu, die eine relativ hohe breitbandige Versorgung zu relativ geringen Kosten ermöglicht. Damit die

## Kernbotschaften

---

Bundesnetzagentur möglichst noch in diesem Jahr mit einer Vergabe der Frequenzen beginnen kann, ist eine zügige politische Einigung zwischen Bund und Ländern über die Freigabe der Digitalen Dividende erforderlich.

### **6) Breitbandausbaukosten senken durch konsequente Gesetzgebung für zukünftige Hoch- und Tiefbaumaßnahmen**

Neben der Verbesserung von Investitionsmöglichkeiten und dem Einsatz effizienter Technologien in der Migrationsphase wird im Rahmen einer volkswirtschaftlich sinnvollen Glasfaserausbaustrategie auch der Senkung von Baukosten eine entscheidende Bedeutung zukommen.

In der Vergangenheit hat der Verband bereits mehrfach darauf hingewiesen, dass eine gesetzliche Verpflichtung zum Einbringen von Leerrohren bei sämtlichen Straßen- und Kanalbaumaßnahmen eine wichtige Voraussetzung dafür ist, um künftig deutliche Kostensenkung zu erzielen. Daneben sollten Schritte eingeleitet werden, um die heute noch unterschiedlichen Leerrohrsysteme kompatibel zu machen. Da die Kosten für den Breitbandausbau ganz überwiegend durch die damit verbundenen Tiefbaumaßnahmen bestimmt werden und nur unwesentlich durch die Kosten des Glasfaserkabels selbst, sind hier enorme Einsparpotenziale zu realisieren, die allen Unternehmen – und damit letztendlich allen Bürgern – in Zukunft zugute kämen.

Neben diesen Verbesserungen bei Tiefbaumaßnahmen sollte auch eine optimierte Inhouse-Verkabelung bei neuen öffentlichen und privaten Gebäuden in die Überlegungen mit einbezogen werden. Denn nicht nur die Zuleitungen bis zum Haus werden zukünftig entscheidend für deutlich verbesserte Übertragungsraten sein, sondern auch der konsequente Einbau von Leerrohren oder direkt von Glasfaserkabeln. Die heute vorhandenen Leitungssysteme sind kaum in der Lage, breitbandige Hausanschlüsse angemessen und ohne Leistungsverlust im Haus zu verteilen. Sowohl für öffentliche Gebäude, Geschäfts- sowie Privathäuser sollten deshalb verbindliche Vorgaben einerseits und Fördermöglichkeiten andererseits geschaffen werden, um die breitbandigen Anschlüsse bis in die Wohnungen und zu den zukünftigen Geräten im Haus möglich zu machen. Zu dieser außerordentlich ernstzunehmenden Problematik wurde bereits eine technische Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit möglichen Schnittstellen von Glasfaser und Geräten bzw. Inhouse-Verkabelungen befasst. Bautechni-

# Weichen für den Glasfaserinfrastrukturausbau in Deutschland richtig stellen



## Kernbotschaften

---

sche Vorgaben und schnelle Normierungen wären eine wesentliche Grundlage für die zukünftige verbesserte Nutzbarkeit breitbandiger Anschlüsse bis ins Haus.

Darüber hinaus sollte eine kartographische und datenbankgestützte Erfassung aller vorhandener und geplanter Infrastrukturen, die für eine Breitbandversorgung der Bevölkerung in Frage kommen (Leerrohre und Kabeltrassen von TK-Anbietern, TV-Breitbandkabelnetzbetreiber, Energieversorgungsunternehmen, Bahnunternehmen, sowie von Bund und Ländern) schnellstmöglich durch die Bundesregierung realisiert werden.

### **7) Breitbandige Anwendungen konsequent fördern, öffentlichen Dienstleistungssektor modernisieren**

Wie bereits von vielen Seiten gefordert, sollte insbesondere der öffentliche Sektor elektronische Kommunikation intern verstärkt anwenden, und breitbandige Dienstleistungen der Bevölkerung nutzbar machen. Dies berührt die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, wobei ein besonderes Augenmerk auf die Ausstattung der Schulen und der Schüler sowie auf die Möglichkeiten für interaktives Lernen gelegt werden muss. Eine konsequente Modernisierung des gesamten öffentlichen Sektors stellt ein wichtiges Instrument zur Förderung breitbandiger Anwendungen und damit des Wirtschaftsstandort Deutschlands dar.

Berlin, den 26.01.2009